

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

China vor wachsenden Problemen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1997) : China vor wachsenden Problemen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 3, pp. 126-127

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137445>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

China vor wachsenden Problemen



Klaus Bolz

Nach dem Tode von Deng Xiaoping macht die Volksrepublik China wirtschaftlich scheinbar einen gesunden Eindruck. Für 1996 geht das Statistische Amt in Beijing von einem BIP-Wachstum in Höhe von annähernd 10% aus. Der Industriesektor wuchs um 13%, wobei als Anpassung an die zu beobachtende Nachfrageänderung eine deutliche Produktionsumstellung von den Massenkongsumgütern hin zu technologisch höherwertigen Waren realisiert wurde. Die Inflationsrate konnte von 14,7% 1995 auf rund 6% 1996 zurückgefahren werden. Und auch die chinesische Außenwirtschaft entwickelte sich positiv. Der Außenhandelsüberschuß liegt bei 15 Mrd. \$, die Auslandsinvestitionen können rund 40 Mrd. \$ erreichen, und nach Informationen vom Februar 1997 verwaltet die chinesische Zentralbank inzwischen Devisenreserven in einer Rekordhöhe von 105 Mrd. \$.

Auch wenn man an der Genauigkeit der statistischen Angaben durchaus Zweifel haben darf, so ist doch an einem dynamischen Aufwärtstrend der chinesischen Volkswirtschaft nicht zu deuteln. China ist mit seinen imposanten Zuwachsraten auf dem besten Wege, die Wirtschaftsleistung heute noch führender Volkswirtschaften zu überflügeln. Anders steht es jedoch um die Höhe der Pro-Kopf-Wertschöpfung, und es bestehen auch weiterhin große Wohlstandsunterschiede.

Die für das Jahr 1996 in China zu konstatierenden Erfolge sind bisher das letzte Glied in einer Entwicklung, die Deng Xiaoping 1978 mit seinen pragmatischen Wirtschaftsreformen in Gang gesetzt hatte. Sie waren die Antwort auf Maos Gleichmacherei und die verheerenden Wirtschaftsergebnisse der radikalen Kulturrevolution von 1966 bis 1976. Die faktische Reprivatisierung des bäuerlichen Bodens sowie die Einrichtung von Agrarmärkten, die Politik der Öffnung gegenüber dem Ausland und die Einbeziehung der Industrie in die Reformen im Jahre 1984 bildeten die Grundlage für den Erfolg.

Seine "Inspektionstour" in die wirtschaftlich erfolgreichen Sonderwirtschaftszonen im Südosten im Jahre 1992 verband Deng mit einem unmißverständlichen Appell an die Kommunistische Partei Chinas und die chinesische Regierung, den Weg der wirtschaftlichen Öffnung beherzt weiterzugehen, anstatt mit den Reformen zu zögern. Deng hat gespürt, und die jetzige Führung hat es ebenfalls begriffen, daß eine Umkehr bei den Reformen nicht mehr möglich ist, weil breite Kreise der chinesischen Bevölkerung die Steigerung ihres – wenn auch zum Teil nur bescheidenen – Wohlstandes mit diesen Reformen verbinden.

Die Erfolgsdaten vermitteln den Eindruck, als brauche sich das von Deng schon vor Jahren eingesetzte Führungskollektiv von Staats- und Parteichef Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng und Parlamentspräsident Qiao Shi heute – nach Dengs Tod – über die wirtschaftliche und soziale Zukunft des Riesenreiches wenig zu sorgen. Diese Einschätzung erweist sich aber als recht oberflächlich, denn Deng hat seinen Nachfolgern im Amt nicht nur im politischen, sondern auch im Bereich der Wirtschaft grundlegende Probleme hinterlassen. Ganz pragmatisch nahm Deng bei seinen Reformen eine regional und personell ungleiche Verteilung des entstehenden Wohlstandes in Kauf. In absehbarer Zeit sollten aber nach dem Willen der politischen Führung alle Chinesen und Nichtchinesen in sämtlichen Provinzen des Landes an dem entstandenen Reichtum teilhaben. Eine neue Polarisierung zwischen Reichen und Armen würde die Kommunistische Partei Chinas nicht dulden.

Die Realität zeigt jedoch das Gegenteil. Einer dünnen Schicht Neureicher stehen annähernd 70 Mill. unter der Armutsgrenze lebende Bauern und über 100 Mill. durch das Land ziehende Wanderarbeiter gegenüber. Die Zahl der Armen wird im Zuge der notwendigen Umstrukturierung vieler Betriebe weiter wachsen, die Haushaltseinkommen in den Städten sinken bereits. Und die Bereitschaft der reichen Provinzen, den armen Regionen zu helfen, ist nicht vorhanden, das Gegenteil ist der Fall!

Wohl noch drängender ist das damit eng verbundene Problem der technisch überalterten und schlecht geführten staatlichen Industrie – vor allem in Nordchina. Deng ging dieses Problem auch in den Jahren seiner größten Machtfülle nicht wirklich ernsthaft an. Dabei mag eine Rolle gespielt haben, daß es sich bei der staatlichen Industrie nicht zuletzt um die Schwerindustrie und den Maschinenbau handelt, deren Arbeitsergebnisse nach seinem Verständnis für den Entwicklungsprozeß des ganzen Landes und die sozialistische Marktwirtschaft chinesischer Prägung unabdingbar waren. Und weil in diesem Sektor mehr als 200 Mill. Menschen beschäftigt sind, wollte er deren wirtschaftlich bedingte Freisetzung zu keiner Zeit verantworten, zumal es an einem modernen funktionsfähigen sozialen Netz fehlte.

Vor dem Hintergrund der in vielen Bereichen prosperierenden Wirtschaft ist das Problem der arbeitsintensiven, technologisch veralteten und verlustreichen Staatsunternehmen in den letzten Jahren immer offenkundiger geworden. Aus Furcht vor dramatischen sozialen und möglicherweise politischen Folgen haben es bis heute weder der Staatspräsident und die Kommunistische Partei noch die Regierung Li Peng gewagt, dieses Problem wirklich konsequent anzupacken. Die mittels des sogenannten Kontraktsystems versuchte Trennung von Management und Eigentum hat nur unzureichend die damit beabsichtigten innerbetrieblichen Initiativen hervorgebracht. Der Staatssektor hat die marktwirtschaftliche Entwicklung schlichtweg verpaßt. Die 1993 beschlossene Reform liegt auf Eis.

Zu viel steht für die derzeitigen Machthaber auf dem Spiel, als daß sie jetzt nach Dengs Tod und der bevorstehenden Übernahme Hongkongs am 1. Juli 1997 sowie der im Herbst anstehenden Sitzung des Volkskongresses hinsichtlich der Staatsbetriebe etwas unternehmen werden, was zu unberechenbaren gesellschaftlichen Verwerfungen führen könnte. Die neue Führungsriege demonstriert wirtschaftliche und politische Stabilität. Doch die Vertagung der Reform geschieht, obwohl Partei- und Staatsführung sehr wohl wissen, daß sich dieses Problem in eine tickende Zeitbombe verwandeln kann. Statt selbst zu handeln, werden die Entscheidungen des Nationalen Volkskongresses im Herbst abgewartet.

Annähernd 50% aller Staatsunternehmen weisen Betriebsverluste aus – seit Jahren mit steigender Tendenz; weitere gut 20% erwirtschaften zumindest keinen Gewinn. Nur etwa 30 von 100 Staatsbetrieben in der Industrie sind also wettbewerbsfähig. Das Überleben der Mehrzahl dieser Unternehmen hängt von direkten staatlichen Zuschüssen und von einer wirtschaftlich nicht zu verantwortenden Kreditgewährung der Banken ab, die das Zentralkomitee der Staatspartei ausdrücklich gebilligt hat. Durch diese Politik wird auch die Entwicklung des Bankwesens untergraben, da der laufende Prozeß der Kommerzialisierung und damit auch die Entstehung von Eigenverantwortlichkeit in der Kreditgewährung gestört werden. Man mutet den Banken die Aufgabe zu, durch großzügige Kreditvergabe die drohende Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden zu helfen. Soweit Banken bereits größere Kreditsummen an marode Staatsunternehmen ausgeliehen haben, wächst deren Interesse, diese Staatsbetriebe nicht in Konkurs gehen zu lassen. Furcht vor dem Domino-Effekt macht sich breit.

Trotz der ökonomisch kritischen Situation vieler Betriebe hat Li Peng vor gut einem Jahr darauf gedrängt, von deren Liquidation durch Konkurs abzusehen, da derartig skrupellose kapitalistische Methoden ungerechtfertigterweise die arbeitende Bevölkerung treffen würden. Das Problem der Freisetzung besteht aber nicht nur in mit Verlusten arbeitenden Staatsbetrieben, auch heute noch mit Gewinn arbeitende Unternehmen haben quasi traditionell zu viele Arbeitskräfte auf der Lohnliste.

Die Lösung der aufgezeigten und anderer Probleme wird mit entscheidend sein, ob die im internationalen Vergleich sehr hohen Wachstumsraten bis zur Schwelle zum neuen Jahrtausend zu halten sein werden. Längerfristig wird die Chancenlosigkeit der verarmten Massen und der zurückgebliebenen Provinzen die Gesamtentwicklung maßgeblich beeinträchtigen. China braucht für seine weitere Entwicklung wirtschaftliche und politische Stabilität. Die Stabilität im Innern wird davon abhängen, welche neuen Wege die künftigen Spitzen des Staates in der Politik beschreiten werden.